



Anlaufstelle zur
gewerkschaftlichen
Unterstützung
UNDOKumentiert
Arbeitender

TÄTIGKEITSBERICHT

6 MONATE UNDOK-ANLAUFSTELLE

UNDOKUMENTIERTE KOLLEGINNEN HABEN RECHTE!

Unabhängig davon, ob ArbeitnehmerInnen mit oder ohne Papiere arbeiten: Sozialversicherungsgesetze, Arbeitsrecht und kollektivvertragliche Mindeststandards gelten für alle ArbeitnehmerInnen. Die alltägliche Arbeitsrealität vieler KollegInnen sieht jedoch anders aus. Besonders ArbeitnehmerInnen ohne, bzw. mit unsicherem Aufenthalt, oder eingeschränktem Zugang zum Arbeitsmarkt sind oft von extremer Ausbeutung betroffen. Dirty, dangerous, difficult – Lohnarbeit von MigrantInnen ohne Aufenthalts- und/oder Arbeitspapiere ist unsicher, schlecht bezahlt und gefährlich.

Migrations- und Beschäftigungsgesetze verwehren oder beschränken MigrantInnen den Zugang zum Arbeitsmarkt. Dadurch werden diese KollegInnen in informelle Sektoren gedrängt. Sie werden ausbeutbarer und erpressbarer. ArbeitgeberInnen nutzen die prekäre Situation dieser KollegInnen häufig aus und unterlaufen arbeits- und sozialrechtliche Standards. Dies hat eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von undokumentierten KollegInnen zur Folge. Darüber hinaus unterwandern solche Unternehmen Kollektivverträge und höhlen das Sozialsystem sukzessive aus. Letztlich bedeutet die Diskriminierung und Überausbeutung von undokumentierten ArbeitnehmerInnen eine Schwächung der Position aller ArbeitnehmerInnen.

ArbeitnehmerInnen brauchen daher unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus Informationen über ihre Rechte, Beratung, sowie Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche. Mit dem Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz existiert in Österreich zwar ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung ausbeuterischer Praktiken am Arbeitsmarkt. Ergänzend dazu ist jedoch die direkte Unterstützung der undokumentiert arbeitenden KollegInnen notwendig. Hier setzt die neue „Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung UNDOKumentiert Arbeitender“ an, die seit Anfang des Jahres in den Räumlichkeiten des ÖGB Beratung und Unterstützung für undokumentierte KollegInnen anbietet.

UNDOK-Verband,
Wien, Oktober 2014



INHALT

Foto: Lisbeth Kovačič

Die neue UNDOK-Anlaufstelle als Clearing- und Schnittstelle	4
Die UNDOK-Anlaufstelle bündelt fachliche Expertise und nutzt Synergien	5
Großer Bedarf und Andrang: Die UNDOK-Anlaufstelle eröffnet in Wien	7
Zwischenbilanz: Bereits 68 undoku- mentierte KollegInnen in sechs Monaten	9
Fallbeispiele aus der Beratung: zu wenig oder kein Lohn, fehlende Krankenver- sicherung, Übergriffe	11
Unterstützung bei der Durchsetzung von arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüchen	15
Bildungsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und Lobbying	17
Aufsuchende Arbeit	19
UNDOK im Überblick	21
Impressum	21
Pressespiegel	23

DIE NEUE UNDOK-ANLAUFSTELLE ALS CLEARING- UND SCHNITTSTELLE

Trotz einer breiten Beratungslandschaft in Wien bestand bislang eine Angebotslücke zwischen arbeits- und sozialrechtlicher Beratung einerseits und aufenthaltsrechtlicher Beratung andererseits. In der neuen UNDOK-Anlaufstelle können sich undokumentiert Arbeitende nun kostenlos und in mehreren Sprachen über arbeits- und sozialrechtliche Fragen im Zusammenhang mit ihrer jeweiligen aufenthaltsrechtlichen Situation informieren und beraten lassen. Undokumentierte KollegInnen erhalten darüber hinaus Unterstützung, wenn sie ihre arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche geltend machen und durchsetzen wollen.

Die UNDOK-Anlaufstelle fungiert zuerst als Clearingstelle. In einem ersten Schritt wird mit den undokumentierten KollegInnen ihre jeweilige aufenthalts- sowie arbeitsrechtliche Situation abgeklärt. Des Weiteren ist die UNDOK-Anlaufstelle Schnittstelle zwischen NGOs in der Beratung von MigrantInnen, Betroffenen von Menschenhandel und AsylwerberInnen einerseits, und Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen andererseits.

Denn „undokumentiert“ kann vieles bedeuten. KollegInnen arbeiten undokumentiert, wenn sie weder über Aufenthalts-, noch über Arbeitspapiere verfügen. Doch auch KollegInnen, die ein Aufenthaltsrecht besitzen, jedoch keinen freien Arbeitsmarktzugang, müssen oft undokumentiert arbeiten. Das gilt beispielsweise für Studierende aus Drittstaaten, AsylwerberInnen, EU-BürgerInnen ohne freien Zugang zum Arbeitsmarkt, oder wenn ArbeitgeberInnen Beschäftigungsbewilligungen nicht beantragen. Auch ArbeitnehmerInnen, die zwar einen Aufenthaltsstatus und einen (beschränkten) Zugang zum Arbeitsmarkt haben, sehen sich unter Umständen dazu gezwungen undokumentiert zu arbeiten (z.B. Menschen mit Beschäftigungsbewilligung, SaisonarbeiterInnen, PendlerInnen, GrenzgängerInnen). Die häufigen Änderungen im österreichischen Fremdenrecht konfrontieren MigrantInnen zusätzlich mit Unsicherheiten, die regulären Arbeitsverhältnissen im Weg stehen.

DIE UNDOK-ANLAUFSTELLE BÜNDELT FACHLICHE EXPERTISE UND NUTZT SYNERGIEN

Mit der neuen UNDOK-Anlaufstelle existiert eine Struktur, die an der Schnittstelle von undokumentierten KollegInnen und weiteren AkteurInnen aus verschiedenen Bereichen agiert. Fachliche Expertise kann dadurch gebündelt und Synergien können genutzt werden. In den wenigen Monaten seit Bestehen hat sich bereits gezeigt, wie wichtig die enge Zusammenarbeit und der kontinuierliche Informationsaustausch zwischen den verschiedenen AkteurInnen für eine erfolgreiche langfristige Beratung und Unterstützung von undokumentierten KollegInnen sind. Getragen wird die UNDOK-Anlaufstelle vom UNDOK-Verband, der als Verein organisiert ist.

Finanziert wird die UNDOK-Anlaufstelle von der Arbeiterkammer Wien, der Gewerkschaft Bau Holz (GBH), der Produktionsgewerkschaft (PRO-GE), der Gewerkschaft vida und der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp), dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK) sowie dem Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds (waff).

MITGLIEDER / KOOPERATIONSPARTNERINNEN DES UNDOK-VERBANDS:

Arbeiterkammer Wien
Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG)
Asylkoordination
Gewerkschaft Bau Holz (GBH)
Beratungszentrum für Migranten und Migrantinnen
IG Bildende Kunst
Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp)
Helping Hands
LEFÖ
Männergesundheitszentrum MEN
Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB)
Österreichischen HochschülerInnen-schaft (ÖH) - Bundesvertretung
Pirampipods Frauentreff
PrekärCafé
Produktionsgewerkschaft (PRO-GE)
Gewerkschaft vida
Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG)

ERÖFFNUNG DER UNDOK-ANLAUFSTELLE JUNI 2014



Foto: PRO-GE

„Indem wir den Menschen helfen, die ohne Papiere hier arbeiten, in dem Moment helfen wir auch den österreichischen und anderen ArbeitnehmerInnen hier, die ArbeitgeberInnen zu bestrafen, die nicht darauf schauen, dass Menschen mit richtiger Entlohnung, mit Arbeitszeiten, die menschenwürdig sind, arbeiten.“

Sabine Oberhauser, ehemalige ÖGB-Vizepräsidentin und heutige Gesundheitsministerin, bei der UNDOK-Eröffnung.

„Aus meinem Vorleben als Vorsitzender einer Gewerkschaft weiß ich, dass es auch in den Gewerkschaften Diskussionen gab, ob wir dieses Projekt unterstützen sollen. Ich denke die Guten haben sich durchgesetzt. Ich finde es ganz toll, dass diese Anlaufstelle jetzt gegründet worden ist.“

Rudolf Kaske, Präsident der Arbeiterkammer, bei der UNDOK-Eröffnung.



Foto: PRO-GE

GROSSER BEDARF UND ANDRANG DIE UNDOC-ANLAUFSTELLE ERÖFFNET IN WIEN

Unter Beteiligung der damaligen ÖGB Vizepräsidentin und heutigen Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser, Arbeiterkammerpräsident Rudolf Kaske sowie dem Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Rudolf Hundstorfer, fand Anfang Juni 2014 im ÖGB-Catamaran die offizielle Eröffnung der UNDOC-Anlaufstelle statt. An der Eröffnung nahm auch Zoheir S. teil, ein ehemals undokumentierter Kollege. Er berichtete von seinem Fall und wie ihn die Gewerkschaft dabei unterstützte, seine Rechte einzufordern und durchzusetzen:

„Ich habe drei Wochen für eine Fassadenfirma gearbeitet, um mich und meine schwangere Frau zu unterstützen. Dafür hat mir mein Arbeitgeber nur 200 Euro bezahlt. Er hat mir weitere 500 Euro versprochen, aber er hat nicht bezahlt.“

Zoheir S. war zum damaligen Zeitpunkt Asylwerber. Aufgrund des De-facto-Arbeitsverbots für AsylwerberInnen musste er undokumentiert auf einer Baustelle in Wien arbeiten. Sein Arbeitgeber, ein Subsubunter-

nehmer im Auftrag der Firma Porr, beantragte weder eine Beschäftigungsbewilligung für ihn, noch meldete er ihn bei der Sozialversicherung. Letztlich erhielt er nicht einmal den vereinbarten Lohn. Trotz mehrmaliger Aufforderung zahlte der Arbeitgeber nicht. Die Firma ging schließlich in Konkurs. Über den „Arbeitskreis Undokumentiert Arbeiten“ (heutiger UNDOC-Verband) konnte Kontakt zur zuständigen Gewerkschaft Bau-Holz hergestellt werden.

„Über einen guten Freund bin ich zur Gewerkschaft gekommen, und ein netter Kollege bei der Gewerkschaft vida hat mir geholfen. Ich hab dann die Nachricht erhalten, dass die Gewerkschaft Bau-Holz für mich zuständig ist. Diese hat mir einen Anwalt zur Verfügung gestellt.“

In weiterer Folge wurde auch der Betriebsrat der Firma Porr aktiv. Letztlich waren die gemeinsamen Bemühungen erfolgreich. Zoheir S. erhielt seinen ausstehenden Lohn und die ihm zustehenden Sonderzahlungen aus dem Insolvenz-Entgelt-Fonds.

ERÖFFNUNG DER UNDOK-ANLAUFSTELLE JUNI 2014



Foto: PRO-GE

„Diese Beratungsstelle ist für mich eine ganz wichtige Einrichtung, eine fehlende Verbindung zwischen undokumentiert Arbeitenden und den Institutionen Arbeiterkammer und ÖGB. Ich hoffe, dass das nicht die einzige Einrichtung wird, sondern, dass wir möglicherweise in Zukunft auch in anderen Bundesländern derartige Einrichtungen schaffen.“

Andreas Huss, leitender Sekretär der Gewerkschaft Bau-Holz, bei der UNDOK-Eröffnung.

„Wir brauchen solche Beratungseinrichtungen, damit Menschen, die in diesen Bereich irgendwie hineingekommen sind, ganz niederschwellig ihre Fakten auf den Tisch legen können.“

Rudolf Hundstorfer, Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, bei der UNDOK-Eröffnung.



Foto: PRO-GE

ZWISCHENBILANZ: BEREITS 68 UNDOKUMENTIERTE KOLLEGINNEN IN SECHS MONATEN

Die UNDOK-Anlaufstelle ermöglicht einen niederschweligen Zugang für Betroffene. Seit März 2014 erhalten undokumentierte KollegInnen an zwei Halbtagen in der Woche Beratung und Unterstützung durch zwei Mitarbeiterinnen des UNDOK-Verbands. Zwar schrecken KollegInnen aufgrund ihrer prekären aufenthaltsrechtlichen und sozialen Situation immer wieder auch davor zurück in die UNDOK-Anlaufstelle zu kommen. Dennoch fiel die Zwischenbilanz überraschend gut aus: So haben sich in den ersten sechs Monaten bereits 68 Personen an die UNDOK-Anlaufstelle gewandt – entweder telefonisch, persönlich oder per Mail.

ArbeitnehmerInnen, die im ersten Halbjahr Kontakt zur UNDOK-Anlaufstelle aufnahmen, waren im Alter von 20 bis 65 Jahren. Drei Viertel davon waren Männer. Das bedeutet jedoch nicht, dass Frauen seltener undokumentiert arbeiten müssen. Vielmehr liegt dieses geschlechtsspezifische Ungleichgewicht u.a. darin begründet, dass ein Großteil der Frauen, die sich bislang an die UNDOK-Anlaufstelle wandten, als

Kindermädchen oder Pflegekraft in privaten Haushalten tätig war. Beschäftigte in Privathaushalten finden sich in höchst individualisierten und teilweise isolierten Arbeitsverhältnissen wieder, die sich häufig durch ein hohes Maß an persönlicher Abhängigkeit gegenüber dem/der Arbeitgeber/in auszeichnen. Diese Umstände erschweren auch das Suchen und Finden von externer Unterstützung. Des Weiteren arbeiten Frauen, die die UNDOK-Anlaufstelle aufsuchten, als Kellnerinnen und Köchinnen in der Gastronomie, sowie für Reinigungsfirmen.

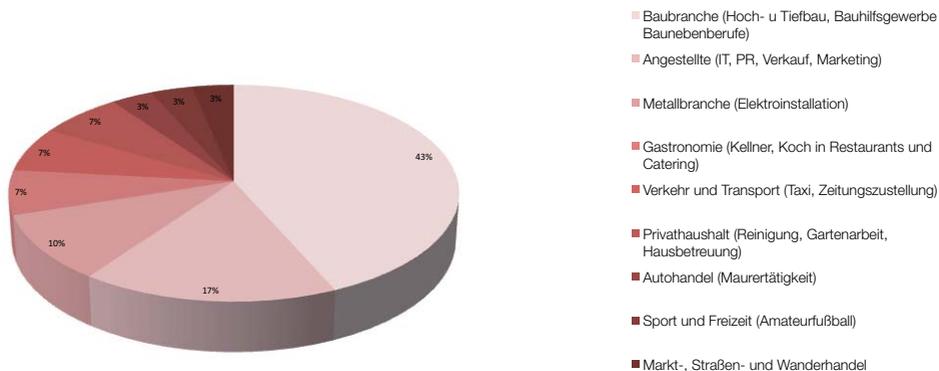
DIAGRAMM 1: FRAUEN



Männer, die sich an die UNDOK-Anlaufstelle wandten, arbeiten in sehr unterschiedlichen Branchen. Dennoch ist ein Großteil der Männer in der Baubranche tätig. Sie verrichten dort häufig Hilfsarbeiten, arbeiten aber auch als Elektroinstallateure, Maurer, Trockenbaumonteur oder Zimmermänner. Eine weitere Gruppe stellen Angestellte dar. Dabei handelt es sich um Betriebsentsandte, Studierende und Hochschulabsolventen. Die Männer arbeiten darüber hinaus in der Metallbranche, in der Gastronomie, in der Landwirtschaft, im Verkehrs- und Transportbereich, als Hausmeister und Gärtner in Privathaushalten, im Autohandel, und auf Märkten. Auch ein Amateurfußballer suchte Unterstützung bei der UNDOK-Anlaufstelle.

Die aufenthaltsrechtliche Situation dieser KollegInnen war aufgrund der fremden- und asylrechtlichen Bestimmungen – in Österreich existieren aktuell 28 verschiedene Aufenthaltstitel – sehr unterschiedlich. Sowohl AsylwerberInnen, Studierende bzw. ArbeitnehmerInnen aus Nicht-EU/EWR-Staaten, als auch Familienangehörige und Betriebsentsandte suchten Kontakt zur UNDOK-Anlaufstelle. Die Probleme, mit denen sie sich an die UNDOK-Anlaufstelle wandten, waren jedoch häufig ähnliche.

DIAGRAMM 2: MÄNNER



FALLBEISPIELE AUS DER BERATUNG: ZU WENIG ODER KEIN LOHN, FEHLENDE KRANKENVERSICHERUNG, ÜBERGRIFFE

Die bisherige Beratungspraxis zeigt, das häufigste Problem von undokumentierten KollegInnen sind **vorenthaltene Löhne, Bezahlung unterhalb des Kollektivvertrags sowie nicht bezahlte Sonderzahlungen, wie etwa Zuschläge für Arbeit an Wochenenden, Nachtarbeit, Schwerarbeit, Urlaubs- und Weihnachtsgeld.** Dies zeigt der Fall von Frau B.:

Frau B. kommt aus Serbien. Ihr Ehemann verfügt über einen unbefristeten Aufenthaltstitel. Damit darf er in Österreich leben und arbeiten. Sie selbst darf nur für drei Monate visumsfrei einreisen. Da die gemeinsame Tochter in Serbien noch zur Schule geht und keinen Aufenthaltstitel für Österreich hat, pendelt Frau B. zwischen Serbien und Österreich. Frau B. verfügt in Österreich über keinen regulären Arbeitsmarktzugang und musste daher undokumentiert arbeiten. Sie war für eine Reinigungsfirma tätig. Für die Reinigung in einem Pflegeheim und in einem privaten Wohnhaus wurden ihr 7 Euro Stundenlohn versprochen, obwohl der

kollektivvertragliche Stundenlohn für diese Tätigkeiten bei 8,45 Euro liegt. Letztlich bezahlte der Arbeitgeber nur 5,55 Euro pro Stunde. Mit Hilfe der UNDOK-Anlaufstelle hat Frau B. ihre Ansprüche gegenüber ihrem Arbeitgeber eingefordert und eine Niederschrift über ihr Arbeitsverhältnis gemacht. Sollte ihr Arbeitgeber nicht bezahlen, kann sie nun ihre Ansprüche drei Jahre rückwirkend geltend machen und wenn nötig auch vor Gericht einklagen.

Undokumentiert Arbeitende müssen **extrem lange Arbeitszeiten in Kauf nehmen. Die Arbeitsbedingungen von undokumentiert arbeitenden KollegInnen entsprechen selten den existierenden Schutzstandards. Die Folgen sind ein erhöhtes Unfallrisiko sowie massive körperliche und psychische Belastungen.** So beriet die UNDOK-Anlaufstelle bereits zwei Kollegen, die einen Arbeitsunfall hatten, jedoch aufgrund fehlender Meldung bei der Sozialversicherung durch den Arbeitgeber über **keine Krankenversicherung** verfügten. Einer davon ist Herr R., auch er ist serbischer Staatsangehöriger:

Herr R. wurde, trotz anders lautender Versprechungen seitens seines Arbeitgebers von diesem nicht bei der Sozialversicherung angemeldet. Folglich arbeitete er, ohne es zu wissen, ohne Arbeitspapiere im Autohandel. Im Zuge von Bau-tätigkeiten hatte er einen Arbeitsunfall. Er verletzte sich schwer am Fuß. Sein Arbeitgeber rief jedoch nicht die Rettung, sondern beauftragte einen anderen Arbeiter damit, Herrn R. umzuziehen und ihn ins Spital zu bringen. Es sollte nicht wie ein Arbeitsunfall aussehen. Die Folge waren zwei Krankenhausaufenthalte. Die große Zehe musste amputiert und die zweite teilamputiert werden. Erst im Krankenhaus erfuhr Herr R., dass er nicht krankenversichert ist. Nach seiner Entlassung war er mit einer Spitalsrechnung in Höhe von 43.000 Euro konfrontiert. Bereits nach dem ersten Krankenhausaufenthalt sprach er seinen Arbeitgeber mehrmals auf die fehlende Krankenversicherung an. Dieser beschwichtigte und versprach, die Rechnung zu begleichen. Doch nichts geschah. Nach seinem zweiten Krankenhausaufenthalt und der Amputation seiner Zehen verlor Herr R. das Vertrauen in seinen Arbeitgeber und wandte sich an die UNDOC-Anlaufstelle. Bislang konnte die UNDOC-Anlaufstelle eine rückwirkende Krankenversicherung

für Herrn R. erreichen, die nun die Kosten für die Spitalsaufenthalte übernommen hat. Auch das ihm zustehende Krankengeld hat er von der Gebietskrankenkasse bereits erhalten. Den ausstehenden Lohn, die Entgeltfortzahlung während des Krankenstands, sowie die ihm zustehenden Sonderzahlungen hat die UNDOC-Anlaufstelle gegenüber dem Arbeitgeber geltend gemacht. Da dieser jedoch bislang nicht bezahlt hat, bereitet die Arbeiterkammer Niederösterreich eine Klage vor dem Arbeits- und Sozialgericht vor. Darüber hinaus wird in Kooperation mit dem Männergesundheitszentrum MEN-VIA, das Mitglied im UNDOC-Verband ist, geklärt, ob im Fall von Herr R. Menschenhandel vorliegt.

Undokumentierte ArbeitnehmerInnen sind mit einem hohen Maß an unternehmerischer Willkür konfrontiert: Lohnbetrug, Nicht-Einhalten von Schutzstandards, Kündigung im Fall von Krankheit, Unfall oder fortgeschrittenem Alter sowie körperliche und sexuelle Übergriffe stehen an der Tagesordnung. Besonders drastisch ist der Fall von Frau S.:

Frau S. kam aus Ungarn nach Niederösterreich, wo sie mit einer kurzen Unterbrechung, sieben Jahre lang in einem Privathaushalt arbei-

tete. Sie arbeitete von morgens bis abends, und das fast täglich. In ihren eigenen Worten war sie „Mädchen für alles“. Sie arbeitete im Haushalt, machte Erledigungen und betreute später auch das Kind ihrer Arbeitgeberin. In der Anfangszeit erhielt sie dafür Kost und Logis sowie eine Packung Zigaretten im Monat. Nachdem Frau S. nach Ungarn zurückkehrte, versprach ihre Arbeitgeberin einen Lohn in der Höhe von monatlich 100 Euro. Frau S. kehrte nach Österreich zurück. Doch die Situation verschlimmerte sich. Sie erhielt keinen Lohn. Darüber hinaus war sie körperlichen Übergriffen durch den Ehemann der Arbeitgeberin ausgesetzt. Im Februar 2014 wandte sich Frau S. schließlich an eine Beratungsstelle für EU-BürgerInnen. Aufgrund des ausstehenden Lohns wurde sie an die UNDOK-Anlaufstelle verwiesen. Nach genauerer Abklärung wurde die Interventionsstelle für Betroffene des Frauenhandels (LEFÖ-IBF), ein Mitglied im UNDOK-Verband, in diesem Fall zugezogen. Derzeit wird Frau S. sowohl von der UNDOK-Anlaufstelle als auch von LEFÖ-IBF betreut, da aufgrund der extremen Arbeitsbedingungen und den falschen Versprechungen seitens der Arbeitgeberin auch in diesem Fall der Verdacht auf Menschenhandel im Raum steht. Die UNDOK-Anlauf-

stelle begleitet Frau S. zur Arbeiterkammer Niederösterreich, sowie zur zuständigen Gebietskrankenkasse, um eine Niederschrift über ihr Arbeitsverhältnis zu machen. Damit kann diese ihre arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche rückwirkend geltend machen. Denn für Kranken- und AltenbetreuerInnen, die unselbstständig in der 24-Stunden-Betreuung arbeiten, ist für zwei Wochen ein Mindestlohn von 1.146,77 Euro vorgeschrieben.

In den Informations- und Beratungsgesprächen in der UNDOK-Anlaufstelle werden häufig **Fragen zu Arbeitsmarktzugang und aufenthaltsrechtlichen Perspektiven** gestellt. Angesichts rechtlich teilweise sehr komplexer Fragestellungen an der Schnittstelle von Aufenthalts- und Arbeitsrecht sehen sich Betroffene häufig einem regelrechten Paragraphendschungel gegenüber. Hier hat sich die enge Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, der Arbeiterkammer und anderen Beratungseinrichtungen aus dem UNDOK-Verband bewährt.

Wie schnell aus einem dokumentierten Arbeitsverhältnis undokumentierte Arbeit werden und eine Situation entstehen kann, die die Betroffenen mit aufenthaltsrechtlichen Unsicherheiten konfrontiert, veranschaulichen diese Beispiele:

Herr U. kommt aus der Türkei und verfügt über eine Aufenthaltsbewilligung Studierender. Er darf daher während seines Masterstudiums nur zwanzig Wochenstunden arbeiten. Um jedoch eine solche Bewilligung zu erhalten, muss er – da er über 24 Jahre alt ist – finanzielle Mittel in der Höhe von 857,73 € monatlich nachweisen können. Seit zwei Jahren arbeitet er daher als Kellner, meist mehr als 40 Stunden pro Woche. Sein Arbeitgeber meldet ihn nur für 20 Stunden an. Dagegen will Herr U. etwas unternehmen. In Zusammenarbeit mit Helping Hands, Mitglied im UNDOK-Verband, klärt die UNDOK-Anlaufstelle die aufenthaltsrechtliche Situation von Herrn U. Dabei stellt sich heraus, dass Herr U. nur dann weiter in Österreich bleiben und studieren kann, wenn er drei Jahre beim selben Arbeitgeber gearbeitet hat. Wenn er seinen jetzigen Job verliert, beginnen die drei Jahre von neuem zu laufen. Zusammen mit Herrn U. überlegt die UNDOK-Anlaufstelle nun weitere Schritte, ohne seine aufenthaltsrechtliche Situation damit zu gefährden.

Herr T. kommt aus Indien und war als Marketingmanager bei einem Handelsunternehmen in Hongkong angestellt, das ihn nach Österreich entsandte. 15 Jahren arbeitete er für dieses Unternehmen und baute sich

mit seiner Familie in Österreich ein Leben auf. Jedes Jahr musste sein Arbeitgeber beim AMS erneut um eine Beschäftigungsbewilligung ansuchen, welche auch immer wieder bewilligt wurde. Allerdings wurde er von seinem Arbeitgeber im Juni 2014 ohne Angaben von Gründen gekündigt. Der Arbeitgeber hielt weder die dreimonatige Kündigungsfrist ein noch zahlte er ihm seinen nicht konsumierten Urlaub. Herr T. wird vom Beratungszentrum für Migrantinnen und Migrantinnen unterstützt, welches Mitglied im UNDOK-Verband ist und ihn an die UNDOK-Anlaufstelle verwiesen hat. Die UNDOK-Anlaufstelle begleitete Herrn T. zur Arbeiterkammer. Diese richtet nun für Herrn T. ein Interventionsschreiben an den Arbeitgeber, um seine arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche einzufordern. Herr T. hat jedoch nicht nur seinen Arbeitsplatz verloren, sondern von einem Tag auf den anderen ist auch sein Aufenthalt in Österreich nicht mehr gesichert. Darüber hinaus muss Herr T. eine Niederschrift über sein Dienstverhältnis bei der Gebietskrankenkasse machen, um seine sozialversicherungsrechtlichen Ansprüche geltend machen zu können. Denn sein Arbeitgeber hat ihn weder in Österreich noch in Hongkong bei der Sozialversicherung gemeldet. Herr T. musste sich in den letzten 15 Jahren privat versichern.

UNTERSTÜTZUNG BEI DER DURCHSETZUNG VON ARBEITS- UND SOZIALRECHTLICHEN ANSPRÜCHEN

Nach Abklärung der aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Situation der undokumentierten KollegInnen bietet die UNDOK-Anlaufstelle ein ausführliches Beratungsgespräch über deren Rechte und Möglichkeiten ihrer Durchsetzung. Um arbeitsrechtliche Ansprüche gegenüber dem/der Arbeitgeber/in geltend machen zu können, sind besonders die Verfallsfristen, zu beachten. Diese sind im jeweils geltenden Kollektivvertrag festgelegt bzw. werden im Zuge von Kollektivvertragsverhandlungen mit der ArbeitgeberInnenseite verhandelt. Denn häufig stehen undokumentierte KollegInnen vor dem Problem, dass sich die Verfallsfristen in den entsprechenden Kollektivverträgen nur auf wenige Monate belaufen. Das bedeutet die Betroffenen müssen möglichst rasch agieren. Da undokumentiert Beschäftigte jedoch oft nicht über ihre Rechte Bescheid wissen, verfallen ihre arbeitsrechtlichen Ansprüche oft schon bevor sie diese überhaupt geltend machen können. Die UNDOK-Anlaufstelle bietet daher Workshops für Betroffene und MultiplikatorInnen an, um Wissen über Rechte von undokumentierten

KollegInnen und notwendige Basis-skills zu vermitteln, damit diese Rechte erfolgreich einfordern bzw. durchsetzen können (siehe Bildungsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und Lobbying).

Bisher hat die UNDOK-Anlaufstelle in fünf Fällen ein Geltendmachungsschreiben an den/die jeweilige/n Arbeitgeber/in verfasst. Zwei dieser Fälle wurden im Anschluss an die Intervention der UNDOK-Anlaufstelle an die Arbeiterkammer Niederösterreich weiter vermittelt. In einem Fall wird derzeit eine Klage beim Arbeits- und Sozialgericht vorbereitet, weil der/die Arbeitgeber/in nicht auf die Geltendmachung reagiert hat. Drei weitere Fälle wurden zur Arbeiterkammer Wien begleitet.

Rechtsschutz wird im ÖGB laut dessen Rechtsschutzregulativ in der Regel erst nach sechsmonatiger Mitgliedschaft gewährt. Sämtliche Teilgewerkschaften, die Mitglied des UNDOK-Verbands sind, haben jedoch ihre Bereitschaft erklärt, in derartigen Fällen der Arbeitsausbeutung gegebenenfalls auch außerordentlichen Rechtsschutz

(d.h. vor Erreichen der Anwartschaft) zu gewähren. Denn die bisherige Beratungspraxis der UNDOC-Anlaufstelle zeigt, um arbeits- und sozialrechtliche Ansprüche von undokumentierten KollegInnen erfolgreich einfordern und durchsetzen zu können, ist unmittelbares und rasches Agieren notwendig. Die prekäre Situation von undokumentierten KollegInnen und der unmittelbare Handlungsbedarf erfordern daher auch den sofortigen Rechtsschutz durch die Fachgewerkschaften.

Der Kontakt zu ArbeitnehmerInnen-Interessenvertretungen erschöpft sich jedoch nicht in der Begleitung oder Vermittlung von undokumentiert Beschäftigten zu den jeweiligen Institutionen. Die UNDOC-Anlaufstelle nutzt den kontinuierlichen Austausch mit RechtsberaterInnen der Fachgewerkschaften und der Arbeiterkammer Wien, um komplexe rechtliche Sachverhalte zu thematisieren und gezielten Wissensaufbau für die künftige Beratung und Unterstützung von undokumentierten KollegInnen zu betreiben.

Die erwarteten Synergieeffekte in der Beratung und Unterstützung von undokumentierten KollegInnen durch die Bündelung zahlreicher AkteurInnen im UNDOC-Verband

sind eingetreten und haben einen wertvollen Beitrag für den erfolgreichen Start der UNDOC-Anlaufstelle geleistet. Zwischen den Mitgliedsorganisationen und KooperationspartnerInnen im UNDOC-Verband und der UNDOC-Anlaufstelle besteht eine enge Kooperation. Eines der Ergebnisse dieser Kooperation ist die nun bereits 2. Auflage der Broschüre „Arbeit ohne Papiere, ... aber nicht ohne Rechte!“, die vom UNDOC-Verband zusammen mit der Arbeiterkammer Wien und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund im März 2014 veröffentlicht wurde. Die Broschüre richtet sich in erster Linie an Beratungsstellen, die Auskünfte über arbeits- und fremdenrechtliche Fragen geben. Es werden darin die Rechte von undokumentiert arbeitenden KollegInnen aufgezeigt, sowie mögliche aufenthaltsrechtliche Risiken beim Einfordern bzw. Durchsetzen dieser Rechte erörtert.

BILDUNGSARBEIT, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND LOBBYING

Neben Beratung und Begleitung von undokumentiert Arbeitenden, bietet die UNDOK-Anlaufstelle Workshops für Betroffene und MultiplikatorInnen an. Dabei wird das notwendige Basiswissen über die eigenen Rechte und deren Durchsetzung vermittelt. Das ist die wichtigste Voraussetzung, um sich gegen Ausbeutung zur Wehr setzen zu können. Mehrere Termine mit Beratungseinrichtungen und Kulturvereinen wurden bereits wahrgenommen, weitere wurden vereinbart.

Da es sich nicht um Einzelfälle handelt, sondern um systematische Ausbeutung von Menschen ohne entsprechende Aufenthalts- und/oder Arbeitspapiere, sind kollektive Anstrengungen dagegen erforderlich. Die UNDOK-Anlaufstelle unterstützt daher die (Selbst-)Organisation von undokumentierten KollegInnen. Auch an dieser Stelle kann der UNDOK-Verband auf ein breites Netzwerk an AkteurInnen aus verschiedenen Bereichen und deren langjährige Unterstützungserfahrung zurückgreifen.

Die UNDOK-Anlaufstelle ist mit vergleichbaren Anlaufstellen und Initiativen in Deutschland und der Schweiz vernetzt. Ende November 2014 wird das jährliche Vernetzungstreffen der MigrAr (Migration und Arbeit)-Anlaufstellen in Wien stattfinden. Dieses inkludiert eine öffentliche Abendveranstaltung und Raum für den Austausch mit vergleichbaren Anlaufstellen aus verschiedenen deutschen und österreichischen Städten. Bereits in den vergangenen Jahren organisierte der Arbeitskreis „Undokumentiert Arbeiten“ als Vorgänger des UNDOK-Verbands, Veranstaltungen mit Beteiligung internationaler GästInnen. So fand etwa im Juni 2012 im ÖGB-Catamaran eine Fachtagung statt, bei der Emilija Mitrovic (DGB MigrAr Hamburg) erfolgreiche Fallbeispiele und Methoden in der Durchsetzung der Rechte von undokumentierten KollegInnen vorstellte und Brigitte Weiser (Caritas Osnabrück) über den Stand der Implementierung der Sanktionenrichtlinie in Österreich berichtete. Im März 2013 wurde die Broschüre „Arbeit ohne Papiere, ...aber nicht ohne Rechte!“

unter Beteiligung von Dwora Stein, Bundesgeschäftsführerin der GPA-djp, erstmals präsentiert.

Neben dem breiten Netzwerk an AkteurInnen im UNDOC-Verband hat die Medienresonanz im Zuge der Eröffnung der UNDOC-Anlaufstelle Anfang Juni 2014 sowie die darauffolgende Öffentlichkeits- und Pressearbeit dazu beigetragen die UNDOC-Anlaufstelle, sowohl bei undokumentiert Arbeitenden als auch bei MultiplikatorInnen, bekannter zu machen. Darüber hinaus betreibt die UNDOC-Anlaufstelle Lobbying für die Verbesserung der Situation von undokumentiert Arbeitenden. Denn undokumentiert Arbeitende sind nicht nur der Willkür von ArbeitgeberInnen ausgesetzt. Wie die angeführten Fallbeispiele anschaulich zeigen: Aufenthaltsunsicherheit betrifft das ganze Leben. Die gesundheitliche Versorgung von undokumentierten KollegInnen ist häufig prekär, ebenso ihre Wohnsituation. Von Bildungschancen ganz zu schweigen. Es geht daher darum, weitere relevante AkteurInnen, sowie öffentliche Stellen wie beispielsweise die Stadt Wien, über die Situation von undokumentiert Arbeitenden zu informieren und über diesen Weg zu deren Verbesserung beizutragen. So fand bereits ein ers-

tes Austauschtreffen mit der Wiener Gebietskrankenkasse statt, um die Nutzung des Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetzes und die Identifikation von Menschen, die von Arbeitsausbeutung und/oder Menschenhandel betroffen sind, zu thematisieren.

AUFSUCHENDE ARBEIT

Obwohl in den ersten sechs Monaten eine überraschend hohe Zahl undokumentierter KollegInnen Kontakt zur UNDOK-Anlaufstelle aufgenommen hat, ist die Hemmschwelle Beratung und Unterstützung zu suchen, für Menschen ohne entsprechende Aufenthalts- und/oder Arbeitspapiere, sehr hoch. Vor diesem Hintergrund sieht es die UNDOK-Anlaufstelle auch als ihre Aufgabe – in Kooperation mit den Fachgewerkschaften – ihrerseits aufsuchende Arbeit zu betreiben. Konkret bedeutet dies, dass über MultiplikatorInnen in Communities und Betrieben, z.B. BetriebsrätInnen, versucht wird, Kontakt mit Betroffenen herzustellen und die notwendige Vertrauensbasis aufzubauen.

Ein Beispiel dafür ist eine aktuelle Kampagne der Produktionsgewerkschaft (PRO-GE). Dabei werden ErntehelferInnen in der Landwirtschaft über ihre Rechte sowie gewerkschaftliche Unterstützungsangebote informiert. In gemeinsamen Aktionen der PRO-GE, dem UNDOK-Verband, LEFÖ-IBF und AktivistInnen des Nyléné Forums werden ErntehelferInnen entweder direkt am Feld oder in ihren

Unterkünften aufgesucht. Es werden Folder in vier verschiedenen Sprachen verteilt, die diese über Lohn, Arbeitszeit und Anforderungen an die Unterkünfte informieren und auf kostenlose, anonyme muttersprachliche Beratung hinweist. Parallel dazu finden Schwerpunktaktionen der Finanzpolizei und der Land- und forstwirtschaftlichen Inspektorate statt, die v.a. Einhaltung von vorgeschriebenen Arbeitszeiten und von Standards der Unterkünfte durch die ArbeitgeberInnen kontrollieren.



Anlaufstelle zur
gewerkschaftlichen
Unterstützung
UNDOkumentiert
Arbeitender

Einladung zur Diskussionsveranstaltung

WAS IST DER PREIS FÜR UNSER GEMÜSE?

**ARBEITSBEDINGUNGEN UND ARBEITSKÄMPFE IN
DER INDUSTRIELLEN LANDWIRTSCHAFT**

Zeit: Samstag, 22. Nov. 2014, 18-20 Uhr

Ort: Arbeiterkammer Wien Bildungszentrum,
Theresianumgasse 16-18, 1040 Wien

Begrüßung

René Schindler, PRO-GE

DiskutantInnen

Sónia Melo, Journalistin und Aktivistin

Lisa Boylos, Nyéleáni Forum und
Nebenerwerbsbäuerin

Erntehelfer aus Tirol

Susanne Haslinger, PRO-GE

Emilija Mitrovic, DGB MigrAr Hamburg

Moderation: Markus Griesser, UNDOk

Im Anschluss laden wir zu Austausch und Buffet.

Um Anmeldung bis Montag, 17. November 2014 an office@undok.at wird gebeten.



Foto: Lisbeth Kovacic

Arbeit
ohne Papiere ...

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
ÖGB-Catschmaran, Lift D, 1. Stock, Raum 1913
Tel: +43 (0)1 534 44 390/40
office@undok.at – www.undok.at

Öffnungszeiten: Mo 9:00–12:00 + Mi 15:00–18:00
Termine außerhalb der Öffnungszeiten nach Vereinbarung

Der Arbeitskreis Undokumentierte Arbeit lädt herzlich zur Fachtagung:

Arbeit ohne Rechte?



**Modelle der Beratung und Unterstützung
im Bereich undokumentierter Arbeit**

**Montag, 25. Juni 2012
10–15.30 Uhr**

**ÖGB, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
(EG, Saal Marie Tusch)**

Erreichbarkeit: Mit der U2 bis zur Station Donaumarina
Um Anmeldung bis **18. Juni 2012**
über die Adresse langthaler@asyl.at wird ersucht.

This project is funded under the European
Refugee Fund Community Actions 2010

ERF – Project ASAW
Asylum Seeking and Work



Anlaufstelle zur
gewerkschaftlichen
Unterstützung
UNDOkumentiert
Arbeitender

Einladung zur

UNDOk-Eröffnung

Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen
Unterstützung UNDOkumentiert Arbeitender

**Mittwoch, 4. Juni 2014
9.30-10.30 Uhr**

ÖGB-Haus, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
Wilhelmine-Moik-Saal

Begrüßung und Entstehungsgeschichte

Sandra Stern, UNDOk

Sabine Oberhauser, Vizepräsidentin des ÖGB

Arbeit ohne Papiere, aber nicht ohne Rechte!

Zoheir S., ehem. undokumentiert arbeitender Kollege

Andreas Huss, Leitender Sekretär der Gewerkschaft Bau-Holz

Rudolf Kaske, Präsident der Arbeiterkammer Wien

UNDOk: Das neue Beratungs- und Unterstützungsangebot

Rudolf Hundstorfer, BM für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

Evelyn Probst, Leiterin der LEFO – Interventionsstelle für

Betroffene des Frauenhandels / UNDOk (Vorstandsmitglied)

Karin Jovic und Filiz Kalayci, UNDOk

Im Anschluss laden wir ein zu Austausch und Buffet.

Um Anmeldung bis Mittwoch, 28. Mai 2014 an office@undok.at wird gebeten.

Arbeit
ohne Papiere ...

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
ÖGB-Catschmaran, Lift D, 1. Stock, Raum 1913
Tel: +43 (0)1 534 44 390/40
office@undok.at – www.undok.at

Öffnungszeiten: Mo 9:00–12:00 + Mi 15:00–18:00
Termine außerhalb der Öffnungszeiten nach Vereinbarung



Anlaufstelle zur
gewerkschaftlichen
Unterstützung
UNDOkumentiert
Arbeitender

ÖGB



WIEN

GERECHTIGKEIT MUSS SEIN



UNDOK IM ÜBERBLICK

Zu den Aktivitäten der UNDOK-Anlaufstelle zählen:

- kostenlose, mehrsprachige Information und Beratung zu arbeits- und sozialrechtlichen Fragen im Kontext aufenthaltsrechtlicher Bestimmungen;
- Unterstützung bei der Geltendmachung vorenthaltener Ansprüche aus undokumentierten Arbeitsverhältnissen (Lohn, Urlaubsgeld, Überstunden, Krankengeld ...);
- Workshops für undokumentierte KollegInnen zur Aufklärung über eigene Rechte;
- Förderung der gewerkschaftlichen (Selbst-)Organisierung undokumentierter ArbeitnehmerInnen;
- Vernetzung zwischen Gewerkschaften, Arbeiterkammer, NGOs, Communitys und AktivistInnen in dem Bereich;
- Fortbildungsangebote für MultiplikatorInnen;
- Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit zur Verbesserung der Situation von undokumentierten KollegInnen.

IMPRESSUM

Herausgeber: UNDOK – Verband zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender, 1020 Wien.

Erscheinungsjahr: 2014

Redaktion: Sandra Stern

Layout: Rainer Hackauf

Logo: TOLEDOiDERTSCHEI

Lektorat: Karin Jovic, Sandra Stern, Philip Taucher

Druck: druckerei-wien.at KWA G.m.b.H., 1160 Wien



Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung
UNDOKumentiert
Arbeitgeber

Arbeit ohne Papiere ... aber nicht ohne Rechte!

Zu wenig oder keinen Lohn erhalten? Du kannst ihn einklagen.

Arbeitsunfall oder krank? Du hast Recht auf medizinische Versorgung und Lohnfortzahlung.

Keinen Urlaub? Du kannst ihn einfordern.

14 Stunden gearbeitet – nur für 8 Stunden bezahlt worden? Da fehlt noch Geld!

Работа без документи, но не и без права!

Получила си твърде малка заплата или не са ти платили? Можеш да предявиш иск за изплащане на полаганото се възнаграждение.

Презърания/а си трудова злополука или си се разболна/а? Имаш право на лечение и изплащане на болнични.

Работодателят не ти дава отпусък? Можеш право да изискаш отпусък.

Работила/а си 14 часа, а са ти платили само 8? Тамняма да ти дават цялото изработено време!

You have rights – even if you're undocumented!

Low pay or no wage at all? You can sue your boss.

Accident at work or sick? You're entitled to health care and get a paid sick leave.

No vacations? You can demand your rights.

A 14-hour workday and just 8 hours' wage? There is still some money missing!

Hier findest Du uns
Ща не намирату тук
You can find us here

هنا تجدوننا
Aci ni gasesti
Size buraba ugabilirin



UNDOK
Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentierter Arbeitender
ÖGB (Cataraman) LfT D, 1. Stock, Raum 1913
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel: 0343 (0)1 53444-28940
office@undok.at – www.undok.at
Öffnungszeiten: Mo 9:00-12:00 + Mi 15:00-18:00
Sonstige Sprechzeiten nach Vereinbarung

Impressum: Organisations- UNDOK, Verband zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentierter Arbeitender, 1020 Wien
Verleger und Herausgeber: Wien, 2014

Abbildung 1: Mehrsprachiges Flugblatt für undokumentierte KollegInnen.

Was ist „undokumentierte Arbeit“?
Auch „undokumentierte Arbeit“ verstehen wie Lohnarbeit von MigrantInnen ohne gesicherten Aufenthalt und/oder Minderheiten-Beschränkungen Zugang zum Arbeitsmarkt, aber auch Fälle, in denen diese von ArbeitgeberInnen bewusst nicht angemeldet werden. In der Regel ist „undokumentierte Arbeit“ unsicher, schlecht bezahlt und prekär.

Haben undokumentiert Arbeitende überhaupt Rechte?
Ja! Unabhängig davon, ob mit oder ohne Papiere, Sozialversicherungs-gesetze, Arbeitsrechtliche Kollektivverträge gelten für alle Arbeitenden. Wenn ein Arbeitsvertrag kommt auch hier zustande: schriftlich, mündlich oder „stillschweigend“. Ihre Rechte erörtern und durchsetzen steht undokumentierte KollegInnen – nicht zuletzt aufgrund arbeitsrechtlicher Rechte – allerdings häufig vor eine große Herausforderung und ist oft eine rechtlich komplexe Binnerei.

Warum ist es wichtig, undokumentiert Arbeitende zu unterstützen?
Die soziale und rechtliche Diskriminierung undokumentierter Arbeitender macht diese empfindbar und überaus sichtbar. Arbeitgebenden unentgeltlich soziale- und kollektivvertragliche Standards, was letztlich eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und eine Schwächung der Reaktion aller Beschäftigten bedeutet. Mit dem Lohn- und Sozialpartnerschaftsgesetz existiert in Österreich zwar ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung prekärer Arbeitsverhältnisse am Arbeitsmarkt. Bisher sind dazu bei weitem die dringende Unterstützung der von Arbeitsausbeutung Betroffenen notwendig.

UNDK – Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentierter Arbeitender
In verschiedenen Ländern Europas machen sich Interessensvertretungen von Arbeitnehmenden gemeinsam mit NGO, migrantischen Selbstorganisations- und antirassistischen AktivistInnen für die Rechte von ArbeitnehmerInnen ohne gesicherten Aufenthaltstatus und/oder ohne Arbeitspapiere stark. In Österreich existierte hier bislang eine Lücke, welche die Anlaufstelle mit ihrem Angebot schließt.

Angebot für undokumentierte KollegInnen:

- kostenlose, mehrsprachige Information und Beratung zu arbeits- und sozialrechtlichen Fragen im aufenthaltsrechtlichen Kontext
- Unterstützung bei der Geltendmachung vorantretender Ansprüche aus undokumentierten Arbeitsverhältnissen (Lohn, Urlaubsgeld, Überstunden, Krankengeld...)
- Workshops zur Aufklärung über Rechte und Ansprüche
- Förderung der gewerkschaftlichen (Selbst-)Organisation

Darüber hinaus bieten wir an:

- Vernetzung zwischen Interessensvertretungen, NGOs, Communitys und AktivistInnen in dem Bereich
- Fortbildungsangebote für MultiplikatorInnen
- Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit zur Verbesserung der Situation für undokumentiert Arbeitende

Impressum: Organisations- UNDOK, Verband zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentierter Arbeitender, 1020 Wien
Verleger und Herausgeber: Wien, 2014

Abbildung 2: Flugblatt für MultiplikatorInnen.



Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung
UNDOKumentiert
Arbeitgeber

You have rights ...

Low pay or no wage at all? You can sue your boss.

Accident at work or sick? You're entitled to health care and get a paid sick leave.

No vacations? You can demand your rights.

A 14-hour workday and just 8 hours' wage? There is still some money missing!

... even if you're undocumented!

www.undok.at



Opening Hours
Monday, 9.00 Uhr - 12.00 Uhr
Wednesday, 15.00 Uhr - 18.00 Uhr

It is possible to schedule an appointment beyond the opening hours.

Contact
Email: office@undok.at
Phone: +43-1-53444-39040

Address
ÖGB (Cataraman)
Lift D, 1. Stock,
Raum 1913
Johann-Böhm-Platz 1,
1020 Wien

Organisations- UNDOK, Verband zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentierter Arbeitender, 1020 Wien
 Verleger und Herausgeber: Wien, 2014



Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung
UNDOKumentiert
Arbeitgeber

Senin hakların var...

Çalışma ücretini az veya hiç mi ödemediler? Mahkeme yolu ile alabilirsiniz.

İş kazası oldu veya hastaydın? Sağlık bakımına ve ücretinin devam ödemesine kanunen hakkın var.

Hiç izninin yok mu? Hakkını arayabilirsin.

14 saat çalıştın – ama sadece 8 saat ücretini ödediler? Paranı eksik vermişler!

...burada kalma ve çalışma iznin olmasa bile!

www.undok.at



Çalışma Saatleri İletisim
Pazartesi, 9.00 - 12.00
Çarşamba, 15.00 - 18.00
Çalışma saatleri dışındaki günler için randevu alınması gerekmektedir.

İletisim
Email: office@undok.at
Telefon: +43-1-53444-39040

Adres
ÖGB (Cataraman)
Lift D, 1. Stock,
Raum 1913
Johann-Böhm-Platz 1,
1020 Wien

Organisations- UNDOK, Verband zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentierter Arbeitender, 1020 Wien
 Verleger und Herausgeber: Wien, 2014

Abbildung 3 und 4: Mehrsprachige Plakate für undokumentierte KollegInnen.

PRESSESPIEGEL

Augustin. Die erste österreichische Boulevardzeitung, 376 - 10/2014, Kolumne »Geht's mich was an?«, S. 12: »Belastung hoch 3«

Solidarität. Die ÖGB Zeitschrift für die Arbeitswelt, 596 - 10/2014, S. 18: »Keine Papiere, keine Rechte? Jeder hier illegal arbeitende Mensch hat einen österreichischen Schwarzarbeitgeber, der von seinem rechtlosen Status profitiert. Die Undok-Stelle hilft.«

profil, Das unabhängige Nachrichtenmagazin Österreichs, Nr. 41, 06.10.2014, von Edith Meinhart, S. 26/27: »Wartezeitzone. Österreich hält 10.000 Asylwerber von der Arbeit fern. Sozialpolitisch ist das Unfug. Denn viele von ihnen bleiben im Land.«

Wienerin, Nr. 301, 10/2014, von Birgit Forst, S. 40: »Wienerin persönlich. Sichtbar machen.«

ÖGB Aktuell, Nr. 3418 – 10/2014, Seite 2: »Keine Papiere, Keine Rechte? Für wenig oder gar kein Geld ausgebeutet.«

migrazine. Onlinemagazin von migrantinnen für alle, 2/2014, von Sandra Stern: »Arbeiten ohne Papiere - nicht ohne Rechte. Als erste Anlaufstelle ihrer Art in Wien bietet UNDOK gewerkschaftliche Unterstützung für undokumentierte Arbeitnehmer_innen.«

Hürriyet, 18.09.2014: »Danışma merkezi ücretsiz hukuki hizmet veriyor« / »Anlaufstelle bietet kostenlose Rechtsberatung«

Wiener Zeitung, 13./14.09.2014, von Vera Bandion, S. 20: »Auf die Arbeitskraft reduziert. Gastarbeiter wurden in den 1960er Jahren anfangs mit offenen Armen empfangen, hatten aber wenige Rechte. Heute wird die Zuwanderung aus Nicht-EU-Ländern stark reguliert. Die „Wien Woche“ widmet dem Thema eine Veranstaltung.«

vida. Das Magazin der Gewerkschaft vida, 08-09/2014, S. 2: »Kennen Sie UNDOK?«

Plakatserie von 07.08. bis 22.09.2014 in den Schaufenstern der IG BILDENDE KUNST: »Arbeit ohne Papiere, ... aber nicht ohne Rechte! Antirassistische Plakate zu Arbeits- und Sozialrechten von Migrant_innen ohne Aufenthalts- und/oder Arbeitspapiere.«

M-Media. Diversity Mediawatch Austria, 20.08.2014, von Daniela Karina Krenn: »Neues Projekt ermöglicht Geltendmachung von Rechten – auch bei Arbeit ohne Papieren.«

progress. Das Magazin der Österreichischen HochschülerInnenschaft, 03/2014, von Sonja Luksik, Seite! : »Ohne Papiere, ohne Rechte? In Wien eröffnet mit UNDOK eine neue gewerkschaftliche Anlaufstelle. Zielgruppe sind jene, die undokumentiert arbeiten und dabei oft ausgebeutet werden.«

Augustin. Die erste österreichische Boulevardzeitung, 368 - 05/2014, von Lisa Boylos, S. 8/9: »Der Ausbeutung den Garaus machen. Arbeits- und aufenthaltsrechtliche Vertretung wird frisch gebündelt.«

Ö1-Morgenjournal, 02.01.2014, von Alexandra Siebenhofer: »Beratung für „Illegale“ Arbeitskräfte«

عندك حقوق و ان لم تملك
اوراق قانونيه.

You have rights –
even if you're undocumented!

Работа без документов ...
но не без прав!

你享有权利 – 即使你没有合法文件!

¡Tú tienes derechos –
aunque no tengas papeles!

بدون اجازہ کار
ولی نہ بدون داشتن حق کار

Arbeit ohne Papiere ...

Zu wenig oder keinen Lohn erhalten?

Du kannst ihn einklagen.

Arbeitsunfall oder krank?

**Du hast Recht auf medizinische
Versorgung und Lohnfortzahlung.**

Keinen Urlaub?

Du kannst ihn einfordern.

14 Stunden gearbeitet –
nur für 8 Stunden bezahlt worden?

Da fehlt noch Geld!

... aber nicht ohne Rechte!

Öffnungszeiten

Montag, 9.00 Uhr -
12.00 Uhr
Mittwoch, 15.00 Uhr -
18.00 Uhr

Termine jenseits der
Öffnungszeiten sind nach
Vereinbarung möglich.

Kontakt

Email: office@undok.at
Telefon: +43-1-53444-
39040

Adresse

ÖGB (Catamaran)
Lift D, 1. Stock,
Raum 1913
Johann-Böhm-Platz 1,
1020 Wien



Gefördert aus Mitteln
des Bundesministeriums
für Arbeit, Soziales und
Konsumentenschutz



Finanziert aus
Mitteln des Wiener
ArbeitnehmerInnen
Förderungsfonds – waff



Mitglieder/KooperationspartnerInnen:

